

US-MIDTERMS 2026

PERSPEKTIVEN FÜR WIRTSCHAFT UND FINANZMÄRKTE



B E R G O S

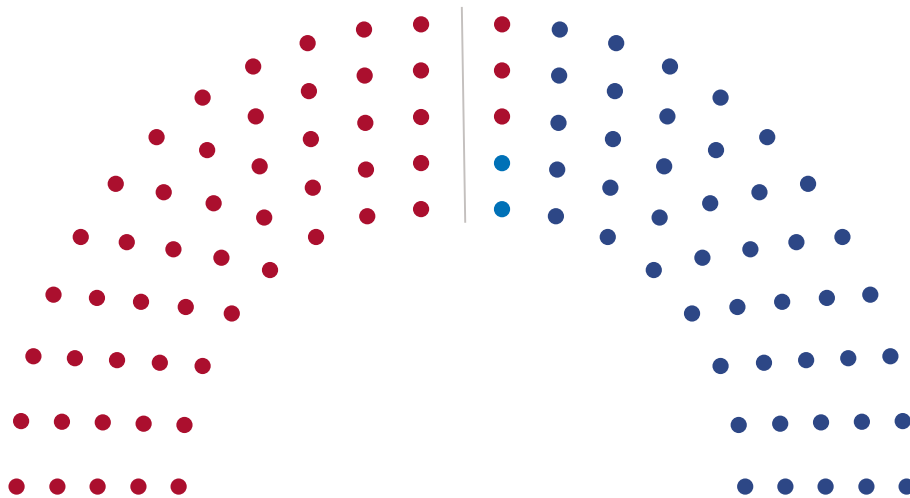
DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Kurz vor den US-Zwischenwahlen steht die amerikanische Wirtschaft erstaunlich gut da. Wenig zu sehen ist bisher vom Einbruch des Wachstums, den manche Analysten für den Fall erwartet hatten, dass Donald Trump seine radikalen handels- und migrationspolitischen Vorhaben in die Tat umsetzen würde. Die Trump-Regierung profitiert dabei natürlich vom Boom im KI-Sektor, der die Folgen mancher wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen kompensiert.
- Trotz des soliden Wachstums leidet die amerikanische Bevölkerung unter der anhaltend hohen Inflation. Die Teuerung trifft insbesondere die ärmeren Amerikaner mit hoher Konsumquote, von denen einige grosse Hoffnungen in Donald Trump gesetzt hatten. Trumps Zollpolitik und der von Trump initiierte Krieg im Mittleren Osten treiben die Inflation massgeblich.
- In diesem gesamtwirtschaftlichen Umfeld deuten aktuelle Prognosen auf eine deutliche Verschiebung der politischen Mehrheitsverhältnisse hin. Die Demokratische Partei könnte im US-Kongress sowohl das Repräsentantenhaus als auch den Senat erobern.
- Sollte die Demokratische Partei die Kontrolle sowohl über das Repräsentantenhaus als auch über den Senat übernehmen, würde sie die gesamte Agenda des Kongresses bestimmen, einschliesslich der Vorsitzenden aller Ausschüsse sowie deren Tagesordnungen, politischer Anhörungen und Schwerpunkte. Dies würde zu zahlreichen kontroversen Ausschussanhörungen und Schlagzeilen in den Medien führen, jedoch zu keinen bedeutenden Gesetzesinitiativen, da die Trump-Regierung über ein Veto-recht verfügt.
- Ein von den Demokraten kontrollierter Kongress dürfte die Befugnisse des Präsidenten in zentralen Politikbereichen zunehmend infrage stellen. Im Fokus stünden insbesondere seine Kompetenzen zur Kriegsführung und deren Finanzierung, die rechtlichen Grundlagen der Zollpolitik sowie Massnahmen der restriktiven Einwanderungspolitik (insbesondere ICE). Zudem könnte der Kongress versuchen, bestimmte vom Präsidenten veranlasste Ausgaben rückgängig zu machen.
- Die Kapitalmärkte gehen in einer ungewöhnlichen Verfassung in die Wahl. Aktien notieren nahe ihrem Rekordhoch, die Renditen sind so hoch wie seit über zwei Jahrzehnten nicht mehr und der Goldpreis liegt deutlich unter seinem Jahreshoch.
- Historisch verlief der US-Aktienmarkt vom Spätsommer bis Anfang Oktober meist holprig. Mit der Wahl fiel dann die gesetzgeberische Unsicherheit weg, die Volatilität liess bis zum Jahresende deutlich nach, und es setzte eine Rallye ein, die oft bis ins Frühjahr anhielt. Das Wahlergebnis selbst spielte dabei eine Nebenrolle. Auch in diesem Jahr dürften für die Märkte Inflation, Geldpolitik, die Verfassung der US-Wirtschaft und die Unternehmensgewinne entscheidend bleiben.

AKTUELLE ZUSAMMENSETZUNG DES US-KONGRESSES

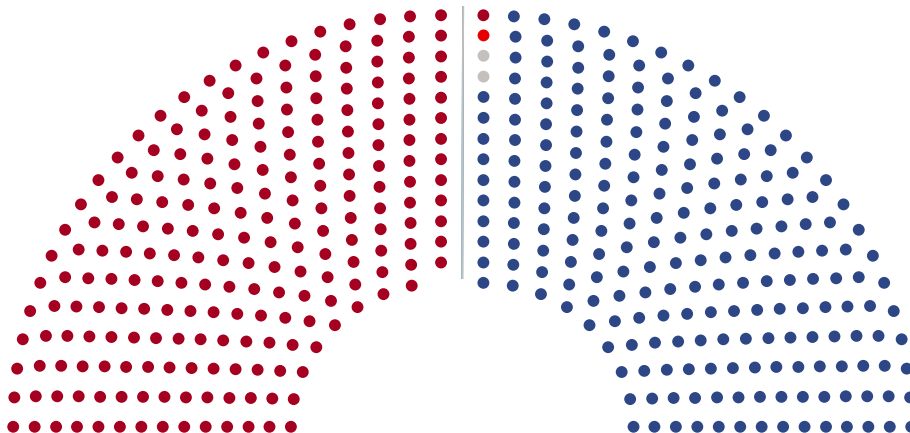
Aktuelle Zusammensetzung des Senats

- Sitze der Republikaner (53)
- Sitze von Unabhängigen, die mit Demokraten stimmen (2)
- Sitze der Demokraten (45)



Aktuelle Zusammensetzung des Repräsentantenhauses

- Sitze der Republikaner (218)
- Sitz eines Unabhängigen, der mit Republikanern stimmt (1)
- Sitze der Demokraten (214)
- Unbesetzte Sitze (2)



Quelle: CFRA Research, Bergos. Zusammensetzung des Kongresses per 5. Oktober 2026

ZWISCHENWAHLEN NACH TURBULENTER ERSTER HÄLFTE



DR. JÖRN QUITZAU

CHEFÖKONOM BERGOS PRIVATBANK

Donald Trumps zweite Präsidentschaft nähert sich der Halbzeit. Seit seinem Amtsantritt im Januar 2025 hält der US-Präsident die Welt mit Kapriolen aller Art in Atem. Er hat die internationale Ordnung durchgerüttelt und Gewissheiten bei Verbündeten und Gegnern erschüttert. Die USA, der Garant für die Sicherheit des Westens und tragende Säule der internationalen Wirtschaftsordnung, sind unter Trump zu einem unberechenbaren Akteur geworden. Deshalb sind die Zwischenwahlen am 3. November 2026 weit mehr als ein innenpolitisches Ereignis. Auch in Europa und in anderen Teilen der Welt wird aufmerksam verfolgt, welche Richtung die amerikanische Politik längerfristig wohl einschlagen wird.

Unabhängig vom Wahlergebnis der Zwischenwahlen ist die Rückkehr zur politischen Mitte selbst auf lange Sicht nicht wahrscheinlich. Aufgrund der polarisierten Gesellschaft besteht die Möglichkeit, dass das Pendel spätestens bei der Präsidentschaftswahl 2028 wieder deutlich in die andere Richtung ausschlägt.

Donald Trumps politischer Aufstieg war nur möglich, weil sich zuvor ein politisch-gesellschaftlicher Zeitgeist («Identitätspolitik») herausgebildet hatte, der einem erheblichen Teil der amerikanischen Gesellschaft und deren Lebensführung widersprach. Trump verschaffte diesem Teil der Gesell-

schaft politisches Gehör und stellte mit seinem «Make America Great Again»-Ansatz insbesondere vielen wirtschaftlich abgehängten Amerikanern eine bessere oder gar rosige Zukunft in Aussicht.

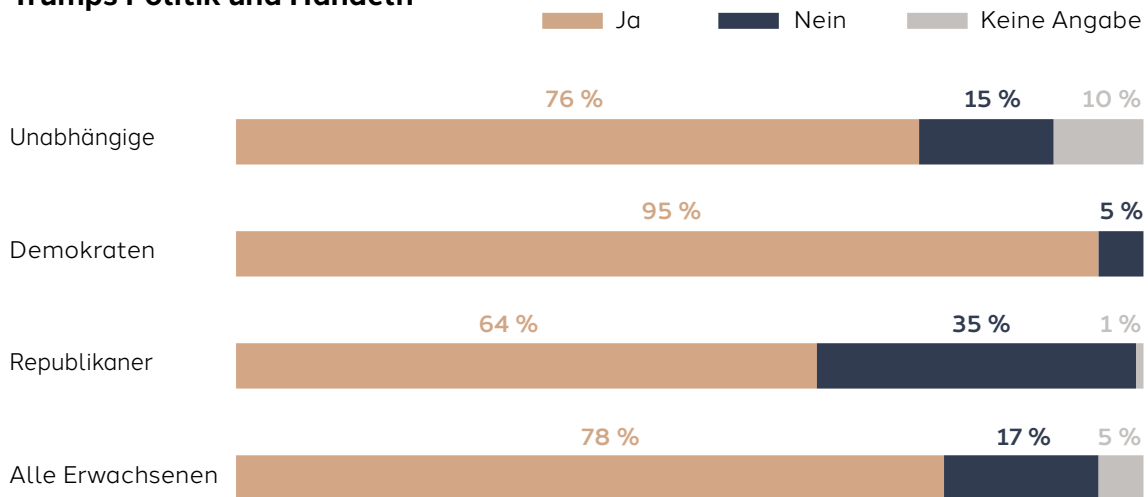
US-Wirtschaft präsentiert sich widerstandsfähig

Mit Blick auf die makroökonomischen Daten stehen die USA tatsächlich erstaunlich gut da. Die erreichten Wachstumsraten von zwei Prozent und mehr entsprechen ungefähr dem Potenzial der amerikanischen Volkswirtschaft. Wenig zu sehen ist bisher vom Einbruch des Wachstums, den manche Analysten für den Fall erwartet hatten, dass Donald Trump seine radikalen handels- und migrationspolitischen Vorhaben in die Tat umsetzen würde. Die Trump-Regierung profitiert dabei natürlich vom Boom im KI-Sektor, der die Folgen mancher wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen kompensiert.

Auch wenn das Wirtschaftswachstum sehr solide ist, leidet die amerikanische Bevölkerung unter den anhaltend hohen Inflationsraten. Die Inflation trifft insbesondere die ärmeren Amerikaner mit hoher Konsumquote, von denen einige grosse Hoffnungen in Donald Trump gesetzt hatten. Die starke Teuerung ist massgeblich auf die Zollpolitik und den von Trump initiierten Krieg im Mittleren Osten zurückzuführen. Auch die Wähler sehen mehrheitlich den US-Präsi-

Was treibt die Lebenshaltungskosten in die Höhe?

Trumps Politik und Handeln



Umfrage unter 4'506 Erwachsenen in den USA, 30. September – 5. Oktober

Quelle: Reuters/Ipsos, Bergos.

zenten als Mitverursacher der gestiegenen Preise. Eine aktuelle Reuters/Ipsos-Umfrage zeigt, dass über die Parteigrenzen hinweg 78 Prozent der befragten Amerikaner Trumps Politik für steigende Lebenshaltungskosten mitverantwortlich machen.

Politische Unruhe geht weiter

In dieser Gemengelage orientieren sich viele Wähler abermals neu. Dabei ist unklar, in welche Richtung der politische Zug über die «Midterms» hinaus weiterfahren wird. Die Republikaner unter Donald Trump sind keine gute Wahloption mehr für konservative Bürger, denen Eigenschaften wie Bodenständigkeit, Zuverlässigkeit und Seriosität der politischen Entscheidungsträger wichtig sind. Zudem hat die Präsidentschaft Donald Trumps weiter zur Polarisierung beigetragen und bisher nicht dazu geführt, dass die Demokraten in die Mitte des politischen Spektrums zurückgekehrt sind. Mit Alexandria Ocasio-Cortez hat eine Vertreterin des linken Parteiflügels aktuell gute Aussichten für eine Präsidentschaftskandidatur 2028. Derzeit stehen ihre Chancen etwas besser als die der etwas moderateren Jon Ossoff und Gavin Newsom.

Ocasio-Cortez stand in der Vergangenheit für die sehr linke Gesellschafts- und Identitätspolitik, die den Kulturkampf in Amerika entfacht hatte. Zuletzt hat sich Ocasio-Cortez von manchen früheren Radikalpositionen distanziert – ob aus Überzeugung oder aus wahltaktischem Kalkül, bleibt vorerst offen. Wirtschaftspolitisch vertritt sie klassisch linke Positionen (u. a. Umverteilung, staatliche Lenkung, Regulierung der Privatwirtschaft), die in Europa zwar anschlussfähig sind, in den kapitalistisch geprägten USA aber auf grosse Vorbehalte stossen.

Die starke Polarisierung der Politik führt dazu, dass die wirtschaftspolitischen Richtungswechsel abrupter ausfallen. Die Zeiten der «ruhigen Hand» sind vorbei. Wirtschaftspolitische Sprunghaftigkeit prägt in gewisser Weise die neue Normalität, auch weil die geopolitische Lage heutzutage andere Massnahmen erfordert als noch vor wenigen Jahren. Dies gilt für die USA, aber auch für viele andere Industrienationen. Deshalb ist absehbar: Der Ausgang der «Midterms» mag den amtierenden US-Präsidenten etwas einhegen, Ruhe wird dadurch aber gewiss nicht einkehren.

VERSCHIEBUNG DER POLITISCHEN MEHRHEITSVERHÄLTNISSE



DR. MICKEY D. LEVY

EXTERNER BERATER / US-ÖKONOM UND GAST-WISSENSCHAFTLER AN DER HOOVER INSTITUTION

Am 3. November wählen die USA einen neuen Kongress. Zur Wahl stehen alle 435 Sitze im Repräsentantenhaus sowie 35 der 100 Sitze im Senat. Derzeit kontrollieren die Republikaner von Präsident Trump beide Kammern.

Aktuelle Prognosen deuten auf eine deutliche Verschiebung der politischen Mehrheitsverhältnisse hin. Die Demokratische Partei könnte im US-Kongress sowohl das Repräsentantenhaus als auch den Senat erobern.

Diese Wahrscheinlichkeiten und die zunehmende Erwartung eines Erdrutschsieg der Demokratischen Partei spiegeln mehrere Faktoren wider: den anhaltenden Rückgang der Zustim-

mungswerte von Präsident Trump, die wachsende Ablehnung des Krieges gegen den Iran, den damit verbundenen Anstieg der Benzin- und Energiepreise, die allgemein gestiegenen Preise für Waren und Dienstleistungen sowie die negative öffentliche Meinung zu Zöllen.

Es dreht sich alles um die negative Stimmung gegenüber Trump und dessen Politik sowie um das Festhalten der republikanischen Kandidaten an Trump, um die überraschend aufkommende Stärke der radikalen Linken (Democratic Socialists of America) und um das Fehlen jeglicher Reaktion seitens der etablierten Demokratischen Partei, der es an Führung mangelt und die völlig zerrissen ist.

Hier die Wahrscheinlichkeiten zweier wichtiger Prognoseplattformen vom 16. Oktober 2026

Polymarket

- Sieg der Demokratischen Partei sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat: 63 % (Mitte Juli lag dieser Wert noch bei 45 %)
- Republikaner behalten die Mehrheit im Senat, Demokraten gewinnen das Repräsentantenhaus: 28 %
- Sieg der Republikaner sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat: 9 %

Kalshi

- Sieg der Demokraten im Repräsentantenhaus und im Senat: 61 %
- Republikaner behalten die Mehrheit im Senat, Demokraten gewinnen das Repräsentantenhaus: 30 %
- Sieg der Republikaner sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat: 9 %

Weitreichende Folgen bei Erdrutschsieg der Demokraten

Sollte die Demokratische Partei die Kontrolle sowohl über das Repräsentantenhaus als auch über den Senat übernehmen, würde sie die gesamte Agenda des Kongresses bestimmen, einschliesslich der Vorsitzenden aller Ausschüsse sowie deren Tagesordnungen, politischer Anhörungen und Schwerpunkte. Dies würde zu zahlreichen kontroversen Ausschussanhörungen und Schlagzeilen in den Medien führen, jedoch zu keinen bedeutenden Gesetzesinitiativen, da die Trump-Regierung über ein Veto-recht verfügt.

Während die Trump-Regierung weiterhin ihre weitreichenden Exekutivbefugnisse nutzen wird, um Aussenpolitik, Regulierungsmassnahmen (einschliesslich der Energiepolitik), Zölle, Einwanderung, die Zulassung und Regulierung von Arzneimitteln durch die

FDA zu steuern und umzusetzen, wird die Trump-Regierung durch den von den Demokraten geführten Kongress gezwungen, einige ihrer politischen Massnahmen abzuschwächen.

Ein von der Demokratischen Partei kontrollierter Kongress wird die eigenständige Befugnis des Präsidenten in vielen Politikbereichen in Frage stellen, darunter Kriegsbefugnisse (und Kriegsausgaben), die Rechtsgrundlage und Grenzen von Zöllen sowie ausgewählte Aspekte der restriktiven Einwanderungspolitik (insbesondere ICE). Anhörungen werden sich zudem darauf konzentrieren, Verfehlungen der Trump-Regierung aufzudecken und gezielte Änderungen zu erzwingen, einschliesslich der Rücknahme bestimmter politischer Massnahmen.

Dies kann auf unterschiedliche Weise geschehen. Erstens könnten die 12

Ein Erdrutschsieg der Demokraten mit einer Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses würde die legislative Agenda der Trump-Regierung zum Erliegen bringen und sie dazu zwingen, sich noch stärker auf Exekutivmassnahmen zu stützen.

Kriegsbefugnisse: Die Kontrolle über den Ausschuss für Streitkräfte und den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist von grosser Bedeutung. Die Demokraten würden Trumps rechtliche Befugnisse, Krieg zu führen, Mittel zur Kriegsfinanzierung bereitzustellen etc., in Frage stellen.

Einwanderung: Die Demokraten wären in der Lage, Trumps harte Einwanderungspolitik genau unter die Lupe zu nehmen und einzuschränken. Dieser Kampf könnte sich auf vielen Ebenen abspielen. Es handelt sich um

ein vielschichtiges Thema, das unter anderem wirtschaftliche, arbeitsmarktpolitische und soziale Aspekte umfasst und äusserst umstritten ist.

Zölle: Trump hat seine Zollpolitik mittels Exekutivverordnungen umgesetzt, doch die Kontrolle durch den Kongress könnte Druck auf die Regierung ausüben. In Anhörungen des Kongresses könnte aufgezeigt werden, inwiefern Zölle der Wirtschaft, kleinen Unternehmen, Verbrauchern usw. schaden.

Haushalt: Der Kongress hat die Kontrolle über den Haushalt und die Verwendung der Mittel. Die Kontrolle über die Haushaltsausschüsse des Repräsentantenhauses und des Senats sowie über die zwölf Haushaltsausschüsse im Repräsentantenhaus verschafft dem Kongress grossen Einfluss in Haushaltsfragen.

Haushaltsausschüsse im Repräsentantenhaus dafür votieren, bestimmte Haushaltsmittel zu kürzen (beispielsweise bei den Verteidigungsausgaben); dies würde zu Engpässen im Haushaltsverfahren führen und die Struktur der diskretionären Ausgaben beeinflussen. Dabei ist zu beachten, dass dies keine Auswirkungen auf die Ausgaben für Sozialleistungsprogramme wie Sozialversicherung, Medicaid und das SNAP-Programm sowie auf die Nettozinsausgaben zur Bedienung der Staatsschulden hat; die Ausgaben für Sozialleistungen erfolgen automatisch und bedürfen keiner jährlichen Abstimmung zur Genehmigung. Zweitens könnte der Kongress versuchen, bestimmte vom Präsidenten angeordnete Ausgaben nachträglich zu streichen.

Signale für die Präsidentschaftswahlen 2028

Mit Blick auf die Zukunft: Sollte die Demokratische Partei eine entscheidende Mehrheit im Senat erringen (wo die Amtszeit sechs Jahre beträgt), könnte dies Schwung für die Präsidentschaftswahlen 2028 verleihen und möglicherweise zu tiefgreifenden politischen Veränderungen im Jahr 2029 führen.

Es gibt jedoch viele Unsicherheiten. Dazu zählt der Machtkampf zwischen der traditionellen Demokratischen Partei und den linksradikalen Progressiven. Abgesehen davon, dass die traditionelle Demokratische Partei derzeit in Unordnung ist und keine klare Führung hat, während die linksradikalen Progressiven mit ihrem wirtschaftsschädlichen Programm an Stärke gewonnen haben, sind die meisten inhaltlichen Diskussionspunkte spekulativ.

Eine weitere Unsicherheit ist die Spaltung innerhalb der Republikanischen Partei. Auf der einen Seite stehen die traditionellen Konservativen, die

tendenziell weniger staatliche Eingriffe sowie ein stärkeres Vertrauen in die Märkte und den Kapitalismus befürworten. Auf der anderen Seite steht Trumps «MAGA»-Bewegung, deren Politik stärker auf extremem Nationalismus (einschliesslich wirtschaftlichem Protektionismus), Einwanderungsbeschränkungen und strengeren Grenzkontrollen basiert und weniger auf Marktwirtschaft (und Kapitalismus). Dieser Flügel fördert selektive, umfassende staatliche Interventionen (einschliesslich staatlicher Investitionspolitik).

Selbst wenn die Macht zwischen den Parteien aufgeteilt ist – wobei die Demokraten den Kongress und die Republikaner die Exekutive kontrollieren –, könnte eine deutliche Verschiebung der Machtverhältnisse auf Ebene der Landesregierungen zu erheblichen politischen Veränderungen führen, die sich auf die Wirtschaft auswirken können. Im föderalistischen System der USA sind Umfang und Reichweite der Landes- und Kommunalregierungen im Vergleich zur Bundesregierung in Bezug auf Ausgaben und Steuern, Regulierung und andere Bereiche recht gross.

Derzeit gibt es 26 republikanische Gouverneure und 24 Gouverneure der Demokratischen Partei, und in 36 Bundesstaaten finden Gouverneurswahlen statt. Im Allgemeinen deuten die Umfragen darauf hin, dass die erwarteten Ergebnisse zugunsten der demokratischen Kandidaten ausfallen dürften. Zwar müssen die Bundesstaaten laut Gesetz ausgeglichene Haushaltspläne vorweisen, doch gibt es genügend Spielraum (einschliesslich Defizitausgaben für Investitionsvorhaben sowie der Befugnis zur Erhebung von Steuern und zur Mittelverwendung), um erhebliche Unterschiede in der Finanzpolitik sowie unterschiedliche Ansätze bei der Regulierung, der Energiepolitik usw. zu ermöglichen.

WAS DIE ZWISCHENWAHLEN FÜR DIE KAPITALMÄRKTE BEDEUTEN



TILL C. BUDELMANN
CIO BERGOS PRIVATBANK

Die Kapitalmärkte gehen in einer ungewöhnlichen Verfassung in die Wahl: Aktien notieren nahe ihrem Rekordhoch, die Renditen sind so hoch wie seit über zwei Jahrzehnten nicht mehr und der Goldpreis liegt deutlich unter seinem Jahreshoch.

AKTIEN

Die Rally kommt meist nach der Wahl

Zwischenwahljahre zählen eigentlich zu den schwächeren Börsenjahren. Dass der US-Aktienmarkt derzeit nahe seinem Allzeithoch notiert, ist daher untypisch. Historisch verlief der Markt vom Spätsommer bis Anfang Oktober meist holprig. Mit der Wahl fiel dann die gesetzgeberische Unsicherheit weg, die Volatilität liess bis zum Jahresende deutlich nach, und es setzte eine Rally ein, die oft bis ins Frühjahr anhielt. Im Schnitt brachte sie einen zweistelligen Zuwachs, deutlich mehr als in anderen Jahren. Das Wahlergebnis selbst spielte dabei eine Nebenrolle. Auch in diesem Jahr dürften für die Märkte Inflation, Geldpolitik, die Verfassung der US-Wirtschaft und die Unternehmensgewinne entscheidend bleiben.

Grösser als der Effekt auf den Gesamtmarkt dürften die Unterschiede zwischen den Branchen ausfallen. Sinkende Renditen von US-Staatsanleihen würden vor allem Wachstums-

werte aus den Bereichen Technologie, Kommunikation und zyklische Konsumgüter sowie Nebenwerte stützen, da künftige Gewinne dadurch attraktiver erscheinen. Die Industrie dürfte weiterhin von bereits beschlossenen Investitionsanreizen profitieren, auch wenn ausbleibende neue Gesetze die fiskalpolitische Unterstützung begrenzen. Bei Energie- und Verteidigungsunternehmen geben dagegen eher Aussenpolitik und Geopolitik den Ausschlag als die Mehrheitsverhältnisse im Kongress.

ANLEIHEN

Stillstand ist nicht gleich Sparsamkeit

Zehnjährige US-Staatsanleihen rendieren mit rund 5,2 Prozent, nahe dem höchsten Stand seit 2002 (Stand: 12. Oktober). Die Fed hat im September die Leitzinsen erstmals seit 2023 angehoben und tagt Ende Oktober erneut. Verlieren die Republikaner ihre Mehrheit, könnte das den Anleihemarkt zunächst entlasten, weil schuldenfinanzierte Pakete schwieriger durchzusetzen wären. Politischer Stillstand bedeutet aber keine Haushaltsdisziplin: Mitte 2027 dürfte die Schuldenobergrenze erreicht sein, und ein Kompromiss könnte das Defizit Schätzungen zufolge um rund 1 Prozent des BIP ausweiten. Anleger könnten dann eine höhere Laufzeitprämie verlangen.

GOLD

Zinsen wiegen schwerer als Politik

Auch beim Gold wirkt die Wahl nur indirekt. Derzeit belasten vor allem steigende Renditen und ein festerer Dollar den Preis, weniger die Politik. Die Fiskalpolitik spielt dennoch eine Rolle, und zwar in beide Richtungen. Streit um Haushalt und Schuldenobergrenze kann Zweifel an der Tragfähigkeit der US-Staatsverschuldung wecken und Gold als Alternative zu Staatsanleihen stützen. Ein Gesamtsieg für die Demokraten im Senat und Repräsentantenhaus kann aber auch neue Defizite bremsen, was diesem Argument die Kraft nimmt.

Ein weiterer Kanal führt über die Notenbank. Der Senat bestätigt die Mitglieder des Fed-Boards. Wer ihn kontrolliert, bestimmt also mit, wie stark das Weisse Haus die Geldpolitik prägen kann. Eine Fed, deren Unabhängigkeit gewahrt bleibt, spricht tendenziell gegen Gold. Wachsen dagegen Zweifel an ihrer Unabhängigkeit, dürfte das den Goldpreis eher stützen.

WÄHRUNGEN

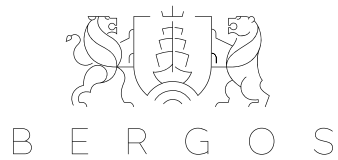
Zinsen und Wachstum bestimmen den Dollar

Bei Donald Trumps Wahlsieg im November 2024 lag EUR/USD bei rund 1,09. Nach einer längeren Schwächephase hat der US-Dollar in den vergangenen Monaten deutlich aufgewertet, vor allem wegen des veränderten Zinsumfelds und höherer Zinserwartungen in den USA. Trump dürfte sich weiterhin für einen schwächeren Dollar einsetzen, da dieser US-Exporte verbilligt, Importe verteuert und der heimischen Industrie Wettbewerbsvorteile verschafft. Entscheidend für den Dollar wird jedoch sein, wie sich die US-Zinserwartungen und die Wachstumsaussichten der amerikanischen Wirtschaft entwickeln.

FAZIT

Die Zwischenwahlen dürften weniger die Richtung der US-Politik verändern als die Reibung in Washington erhöhen. Das wahrscheinlichste Ergebnis, ein Erfolg der Demokraten, ist weitgehend eingepreist. Am stärksten würde

ein republikanischer Überraschungserfolg die Märkte bewegen. Für Aktien spricht die Historie für die Zeit nach der Wahl; bei Anleihen und Gold bleiben Fed, Inflation und Defizit die größten Treiber.



Herausgeber

Bergos AG

Autoren

Till C. Budelmann | CIO

Dr. Mickey D. Levy | Gastautor

Dr. Jörn Quitzau | Chefökonom

Managing Editor

Nina Attinger

Corporate Communications Manager

BERGOS AG

HAUPTSITZ

Kreuzstrasse 5

8008 Zürich | Schweiz

Telefon +41 44 284 20 20

NIEDERLASSUNG GENÈVE

29, Quai du Mont-Blanc

1201 Genève | Schweiz

Telefon +41 22 308 59 00